

Prozesse der Integration von jungen Geflüchteten in die berufliche Bildung

Dokumentation der RÜMSA-Regionalworkshops in Bitterfeld-Wolfen, Halle
(Saale) und Schönebeck im April/Mai 2017





Regionalworkshop

Einleitung

Die Integration junger Geflüchteter in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Der Prozess der Integration ist vielfältig und mehrdimensional. Fragen des Ankommens und Einlebens in einem neuen Land und Sozialraum, der rechtlichen Grundlage des Aufenthalts, des Spracherwerbs, des Zusammenkommens und -lebens mit der einheimischen Bevölkerung, der Identitätsfindung und nicht zuletzt der Integration in das (Aus-)Bildungssystem und/oder den Arbeitsmarkt stellen sich parallel und bedingen einander. Gerade der erfolgreiche Übergang junger Geflüchteter in Ausbildung hat hierbei eine Schlüsselfunktion für den Gesamtverlauf der Integration.

Mit drei Regionalworkshops zum Thema „Prozesse der Integration von jungen Geflüchteten in die berufliche Bildung“ haben die Landesnetzwerkstelle (LNS) im Landesprogramm Regionales Übergangsmanagement Sachsen-Anhalt (RÜMSA) und ihre Kooperationspartner vertiefend an erste landesweite Vernetzungsveranstaltungen zur beruflichen Integration junger Geflüchteter angeknüpft. Das Landesprogramm RÜMSA wird gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt.

Gemeinsam mit insgesamt 158 regionalen Akteur/innen im Themenfeld wurden Ansätze und Instrumente zur Integration junger Geflüchteter in Ausbildung praxisnah diskutiert. Innerhalb der Workshops wurde das Arbeits- und Analyseinstrument „Prozesskette“ vorgestellt. Hauptziele der Veranstaltungen waren zum einen die Darstellung und Verortung der regionalen Akteur/innen und Institutionen sowie deren Angebote und Maßnahmen innerhalb der Prozesskette. Zum anderen wurden „Stolpersteine“ und fördernde Faktoren in der Praxis der beruflichen Integration junger Geflüchteter identifiziert und erörtert. Darüber hinaus haben die Veranstaltungen den Teilnehmenden die Möglichkeit geboten, sich mit ihren jeweiligen Arbeitsfeldern und Aufgabenbereichen gegenseitig kennenzulernen, auszutauschen und die regionale Vernetzung zu intensivieren.

„Die Ergebnisse der Fachtagung im Juni 2016 waren offensichtlich: Vernetzung und mehr Transparenz ist landesweit notwendig und die Themenfelder sind in Form von Prozessketten zur Integration regional weiter zu entwickeln.“

[\[Link: Dokumentation Fachtagung 2016\]](#)

„Insgesamt 158 Teilnehmende Akteur/innen diskutierten in drei Workshops die regionalen Prozessketten der Integration von jungen Geflüchteten in die berufliche Bildung.“

Bitterfeld-Wolfen - 24.04.2017 - Regionaler Workshop – Anhalt

Halle (Saale) - 02.05.2017 - Regionaler Workshop – Sachsen-Anhalt Süd

Schönebeck - 09.05.2017 - Regionaler Workshop – Sachsen-Anhalt Nord



Herausforderungen und Handlungsbedarfe

Gemeinsames Ziel ist es, jungen Geflüchteten einen gangbaren Weg in die berufliche Bildung zu ermöglichen, sie auf ihrem Weg bestmöglich zu unterstützen und ihnen somit konkrete Perspektiven für ihre berufliche Zukunft in Sachsen-Anhalt aufzuzeigen. Junge Geflüchtete können und sollen ihre Potentiale in Sachsen-Anhalt entfalten und einbringen. Die Gestaltung effizienter Integrationsprozesse ist hierfür unabdingbar. Wichtige Voraussetzung für diese gemeinschaftliche Aufgabe ist die Vernetzung der Akteur/innen des Themenfeldes als Grundlage der Zusammenarbeit. Das gegenseitige Wissen über Aufgaben und Zuständigkeiten, Transparenz der Förderinstrumente und Angebote, Informationsmöglichkeiten und Hilfeleistungen als auch die Kenntnis der praktischen Herausforderungen anderer Akteur/innen befördern die erfolgreiche gemeinschaftliche Arbeit.

Bei der Zusammensetzung der Teilnehmenden wurde ein möglichst breites Spektrum an Akteur/innen und Institutionen abgebildet. Dies ist wichtig, um in der Diskussion die verschiedenen Sachlagen, Perspektiven und Herausforderungen der Akteur/innen und die gesamte Prozesskette abzubilden und somit gegenseitiges Verständnis als Grundlage für eine funktionierende Zusammenarbeit und Vernetzung zu schaffen.

Nach einer allgemeinen Einführung in das Landesprogramm RÜMSA und das Arbeitsinstrument „Prozesskette“ teilten sich die Anwesenden je nach Tätigkeitsschwerpunkten in verschiedene Arbeitsgruppen auf. Am Ende der Veranstaltung wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Plenum vorgestellt und diskutiert.

Ziele der Workshops:

- Einführung des Modells der „Prozesskette zur Integration junger Geflüchteter in Ausbildung“
- Ermittlung und Zuordnung der Akteur/innen und Institutionen vor Ort: Transparenz der Angebote und Förderinstrumente
- Identifizierung und Dokumentation von „Stolpersteinen“ oder „Brüchen“ der Prozesskette in der Praxis
- Möglichkeiten des Transfers eröffnen



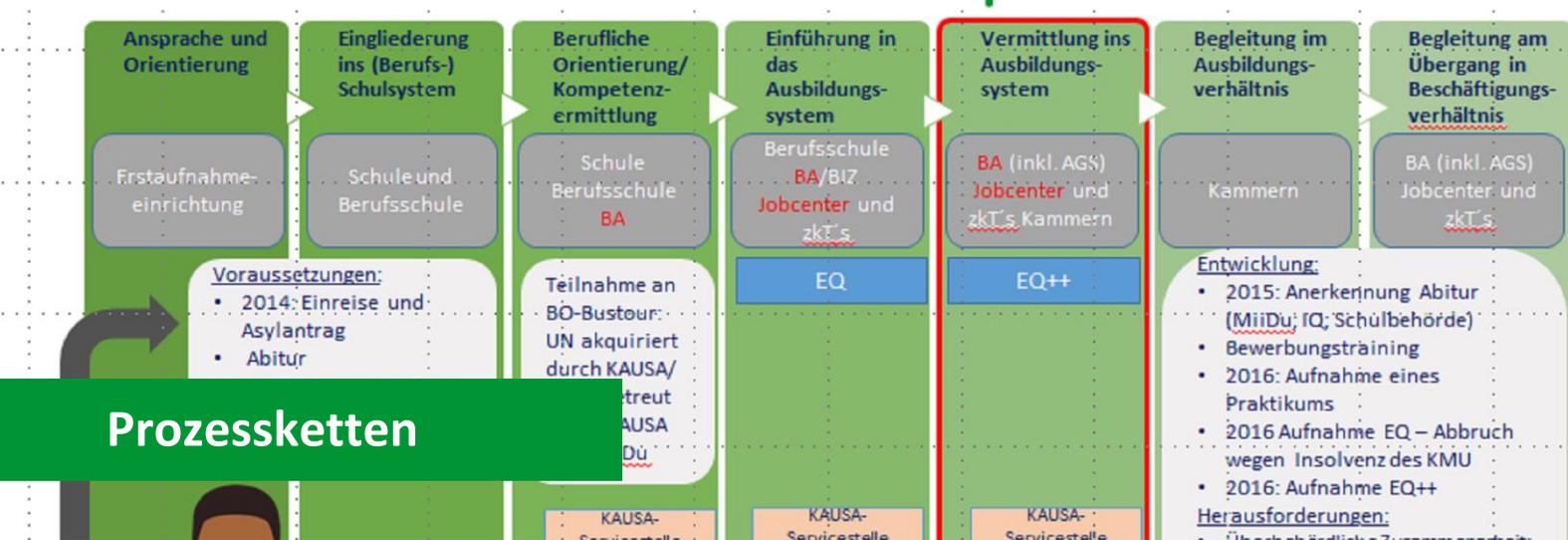
Dr. Petra Bratzke

Die Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Halle eröffnet den Workshop in Halle (Saale).



Hans Rüdiger Kosche

Der neue Leiter der RÜMSA Koordinierungsstelle im Salzlandkreis eröffnet den Workshop in Schönebeck.



Prozessketten der Integration von jungen Geflüchteten in Ausbildung

Die Prozesskette „Integration von jungen Geflüchteten in berufliche Bildung“ ist im Kooperationsbündnis zwischen den KAUSA-Servicestellen Sachsen-Anhalts (Nord und Süd), MiiDU (Migrant*innen in duale Ausbildung) und der Landesnetzwerkstelle RÜMSA gemeinsam entwickelt worden. Die Prozesskette ist als Arbeits- und Analyseinstrument zu verstehen. Ziel des idealtypischen Aufbaus ist es, Übersicht, Orientierung und Transparenz bezüglich der in Sachsen-Anhalt tätigen Institutionen, Hauptakteure und vorhandenen Förderprogramme zu ermöglichen sowie zu einer verbesserten Zusammenarbeit an den Schnittstellen im Integrationsprozess beizutragen.

Die Prozesskette ist in diesem Kontext nicht als statisches Konstrukt zu verstehen. In der Praxis zeigt sich, dass Integrationsverläufe selten linear verlaufen. Sie sind vielmehr individuell und häufig durch „Brüche“ gekennzeichnet. Um den individuellen Bedürfnissen junger Geflüchteter durch passgenaue Hilfestellungen gerecht zu werden, sind rechtskreis- und institutionenübergreifende Transparenz und die daraus erwachsenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung. Bei der Anwendung der Prozesskette auf Fallbeispiele erfolgreicher Integrationsverläufe zeigen sich die aktuellen Herausforderungen an den Schnittstellen und Übergängen zwischen den verschiedenen Prozessphasen.

„Im Kooperationsbündnis arbeiten die KAUSA-Servicestellen Sachsen-Anhalts, MiiDU (Migrant*innen in duale Ausbildung) und die Landesnetzwerkstelle RÜMSA gemeinschaftlich am landesweit abgestimmten Vorgehen bei der Förderung junger Menschen mit Migrations- und/oder Fluchtgeschichte am Übergang von der Schule über die berufliche Ausbildung in den Beruf in Sachsen-Anhalt.“

[[Link: Kooperationsvereinbarung](#)]

[[Link: Prozesskette Integration von jungen Geflüchteten in berufliche Bildung](#)]

Prozessphasen:

1. Ansprache und erste Orientierung
2. Eingliederung in das Schulsystem
3. Berufliche Orientierung und Kompetenzermittlung
4. Einführung in das Ausbildungssystem (Berufswahl)
5. Vermittlung in das Ausbildungssystem
6. Begleitung im Ausbildungsverhältnis
7. Begleitung am Übergang in Beschäftigung



Arbeitsgruppen

Im Zentrum der Arbeitsgruppen stand die Diskussion von Herausforderungen, Handlungsbedarfen, Lösungsansätzen und -strategien. Ein allgemeines Ergebnis ist, dass die Kooperation und der Austausch zwischen Akteur/innen, die in unterschiedlichen Prozessphasen tätig sind, der themenspezifische Austausch und die Nutzung überregionaler Informations- und Hilfsangebote erwünscht sind und weiterentwickelt werden können.

„Ansprache und Orientierung“ und „Eingliederung in das (Berufs-) Schulsystem“

Die Phase „Ansprache und Orientierung“, idealtypisch am Anfang des Integrationsprozesses verortet, stellt sich in der Praxis nach Auffassung der Teilnehmenden als wiederkehrende Aufgabe dar. Grundlegend bedürfe es Orientierungsangebote, welche an die jeweiligen Vorerfahrungen, den Bildungsstand und das Sprachniveau angepasst sind. Dies würde insbesondere an den Schnittstellen offensichtlich: Die erfolgreiche Beschulung und Integration junger Geflüchteter in das (Berufs-) Schulsystem sei aktuell besonders herausfordernd für die Altersgruppe der 16-17-Jährigen, welche an den Berufsschulen Sachsen-Anhalts zumeist Berufsvorbereitungsjahre mit Sprachförderung (BVJ-S) absolvieren. Hier bestehe wenig Zeit zur Eingewöhnung und nur eine geringe Zahl der Schüler/innen erreiche derzeit einen Abschluss. Einschulungen während des laufenden Schuljahres sowie die Beschulung über 18-Jähriger seien weitere Fragen, bezüglich derer Prozesse geklärt und vereinfacht werden müssten. Für die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) sei insbesondere die Gestaltung des Übergangs in die Volljährigkeit und der damit verbundene gelingende Rechtskreiswechsel eine zentrale Aufgabe.



„In den Arbeitsgruppen wurden Herausforderungen, Handlungsbedarfe und Lösungsansätze der Teilnehmenden diskutiert.“

Herausforderungen:

- Zugang zu Bildung ist von der Bleiberechtigungsstatus abhängig
- UMA: Zuständigkeits- und Rechtskreiswechsel beim Erreichen der Volljährigkeit
- Schulabschluss und Ausbildungsfähigkeit wird nicht immer erreicht
- Keine Angebote für Analphabet/innen

„Berufliche Orientierung und Kompetenzermittlung“ und „Einführung in das Ausbildungssystem“

Junge Geflüchtete bringen vielfältige berufliche Erfahrungen und Qualifikationen mit nach Deutschland - häufig fehlten jedoch formal belegte Abschlüsse und Arbeitserfahrungen. Hier werden die Anerkennungsverfahren für informelle Kompetenzen noch als unzureichend wahrgenommen. Als besondere Aufgabe stelle sich die Einführung und Vermittlung der Möglichkeiten des dualen Berufsausbildungssystems in Deutschland dar. Unterschiedliche Angebote sind hier bereits etabliert, noch seien aber nicht alle Angebote überall verfügbar. Status und Prestige von Ausbildungsberufen würden nicht immer wahrgenommen und die Vielfalt der Ausbildungsberufe mit den damit verbundenen praktischen Tätigkeiten seien häufig unbekannt. Die Praxis zeige, dass der Einbezug des familiären Umfeldes sowie das praktische, niedrighschwellige Kennenlernen von Ausbildungsberufen erfolgsversprechende Ansatzpunkte sind. Als hemmende Faktoren wurden vor allem fachsprachliche Defizite und der Zugang zu Leistungen und Angeboten für die Gruppe der Geduldeten genannt.



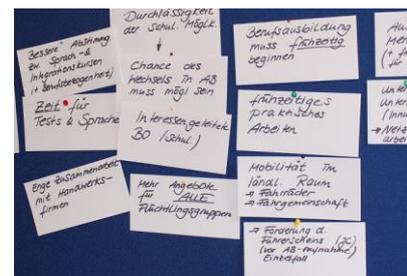
„Diskussion erwünscht: Austausch zwischen Akteur/innen in Schönebeck.“

Herausforderungen:

- Sprache
- Kenntnis über das duale Ausbildungssystem in Deutschland
- Fehlende Schul- und Arbeitszeugnisse/ Schulabschlüsse
- Kompetenzermittlung

„Vermittlung in das Ausbildungssystem“, „Begleitung im Ausbildungsverhältnis“ und „Begleitung am Übergang in die Beschäftigung“

In den Betrieben Sachsen-Anhalts bestehe grundsätzlich eine hohe Bereitschaft, Geflüchtete in duale Ausbildungsverhältnisse zu übernehmen. Herausfordernd sei das „Matching“, dem Zusammenkommen von passenden Auszubildenden und Betrieben. Wichtige Voraussetzung für eine gelingende Ausbildung sei die wechselseitige Klärung der Erwartungshaltungen von Betrieb und Auszubildenden in Bezug auf Zukunftsperspektiven, individuelle Fähigkeiten, Unterstützungsbedarfe und -möglichkeiten und Entlohnungen. Das Fehlen berufsbezogener Sprachkenntnisse, praktikable Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen und die Unsicherheit, welche aus ungeklärten aufenthaltsrechtlichen Fragen erwächst, gehörten hier zu den größten Herausforderungen.



„Lösungsansätze in der Arbeitsgruppe III. am 2. Mai in Halle (Saale)“

Herausforderungen:

- Berufsbezogene Sprache
- Aufenthaltsrecht
- Mobilität

Zusammenfassung der Workshopergebnisse

Vernetzung, Transparenz und Übersicht im Themenfeld:

Als kontinuierlich zu bearbeitende Themen wurden von Teilnehmenden benannt:

Verbesserung der Transparenz und Kommunikation von:

- Akteur/innen und deren Aufgaben,
- Angeboten und themenspezifischen Hilfestellungen,
- Förderprogrammen, Maßnahmen und deren Zugangsvoraussetzungen,
- neuen Angeboten.

Im Bereich Vernetzung und Zusammenarbeit wurde insbesondere die Schnittstelle zwischen den Schulen und den sonstigen Akteur/innen als lohnenswerter Ansatzpunkt benannt. Hierbei sollte der Austausch intensiviert und gegenseitige Unterstützung ausgebaut werden.

Von den Teilnehmenden benannte Weiterentwicklungsmöglichkeiten:

- Generell wurden mehr zentrale Anlauf- bzw. Auskunftsmöglichkeiten gewünscht, insbesondere von Akteur/innen, die direkt mit der Zielgruppe arbeiten.
- Virtuelle Landkarte: Die im Entstehen begriffene virtuelle Landkarte auf der RÜMSA Website kann als niedrigschwelliges Instrument für einen Überblick der Akteur/innen im Themenfeld genutzt werden und kann kontinuierlich um neu hinzukommende Angebote erweitert werden.
- Die Prozesskette „Integration in die berufliche Bildung“ soll weiterentwickelt und ergänzt werden und als Orientierungshilfe dienen.
- Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit, z.B. zwischen Jugendamt, Ausländerbehörde und freien Trägern (z.B. durch Bildungskoordination)
- Wunsch nach themenspezifischen Veranstaltungen zu aktuellen Problemlagen in der Praxis, welche neben der Vernetzung vermehrt „best practice“ Beispiele, Lösungsansätze sowie die konkrete Zusammenarbeit/Schnittstellen der Akteur/innen in den Vordergrund stellen

Sprache und Spracherwerb:

Sprache und Spracherwerb ziehen sich als „roter Faden“ durch den gesamten Integrationsverlauf junger Geflüchteter in die berufliche Bildung. Keine oder nicht ausreichende Sprachkenntnisse, besonders auch des Fachvokabulars, stellen den häufigsten Grund für das Nichterreichen eines Schulabschlusses, der Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit bzw. ein Hemmnis bei der Vermittlung in eine Ausbildung oder für das erfolgreiche durchlaufen einer Ausbildung (insbesondere des schulischen Teils) dar.

Besonders akut ist das Thema für diejenigen jungen Geflüchteten, die aufgrund ihres Alters keine längere „Vorlaufzeit“ bzw. Schulzeit in Deutschland haben und für diejenigen, die aufgrund ihrer Bleibereichtsperspektive eingeschränkten Zugang zu Förderinstrumenten haben.



Aus der Praxis

Analphabetismus:

Ein besonderer Teil des Themenfeldes Sprache/Spracherwerb ist der Analphabetismus. Hierbei geht es sowohl um primäre Alphabetisierung als auch um das Lernen des lateinischen Alphabets.

Von den Teilnehmenden benannte Weiterentwicklungsmöglichkeiten:

- Ausbau der berufsbezogenen Sprachangebote und optimierte Nutzung der vorhandenen Angebote,
- Stärkung der Paten- und Mentoring Programme, insbesondere in Unternehmen, inklusive der Unterstützung und Beratung der Unternehmen,
- Erstellen eines „Fahrplans“ für junge, nicht mehr schulpflichtige Geflüchtete, die aufgrund von sprachlichen Defiziten mehr Zeit benötigen, um die Ausbildungsreife zu erreichen,
- Themenspezifische Fachveranstaltungen für Akteur/innen aus der Praxis,
- Entwurf ESF-Förderrichtlinie niedrigschwellige Sprachförderung,
- Maßnahmen zur Personalentwicklung insbesondere im Bereich Analphabetismus.

Übergang von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in die Volljährigkeit:

Der Übergang von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in die Volljährigkeit und der damit verbundene „Rechtskreiswechsel“ stellt für die an dieser Schnittstelle beteiligten Akteur/innen, wie betreuende Sozialpädagog/innen, Mitarbeitende der Jugendämter oder Vormünder/innen, eine besondere Herausforderung dar. Die Voraussetzung für gelingende und „warme“ Übergaben liegt in der Kenntnis von Ansprechpersonen und einer frühzeitige Vorbereitung der jungen Menschen auf den Zuständigkeitswechsel.

Von den Teilnehmenden benannte Weiterentwicklungsmöglichkeiten:

- Regionale Vernetzung der relevanten Partner für eine gemeinsame Gestaltung des Übergangs,
- Frühzeitige Vorbereitung der Jugendlichen durch entsprechende Träger und das Jugendamt (Unterstützung der Entwicklung zur Selbständigkeit),
- Weiterführende Informationen für die Akteur/innen,
- Transparenz zu § 41 SGB VIII „Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung“,
- „Best practice“ Beispiele effizienter Übergangskonzepte,
- Beschulung über 18-Jähriger.

Genderspezifische Maßnahmen:

Bisher gibt es wenige genderspezifische Maßnahmen zur Integration von jungen Geflüchteten in die berufliche Bildung.

Von den Teilnehmenden benannte Weiterentwicklungsmöglichkeiten:

- Angebote zur Reflektion tradierter Rollenverständnisse sowohl für Mädchen/ junge Frauen als auch Jungen /junge Männer und Eltern,
- Genderspezifische Angebote für junge Geflüchtete an (Berufs-) Schulen.



Aus der Praxis

Mobilität:

Im Flächenland Sachsen-Anhalt ist Mobilität ein grundsätzliches Problem und nicht leicht zu lösen. Für junge Geflüchtete wird die Mobilität insbesondere dann zur Herausforderung, wenn sie am gleichen Tag verschiedene Orte anfahren müssen (Berufsschule/Arbeitsplatz/ Sprachschule).

Von den Teilnehmenden benannte Weiterentwicklungsmöglichkeiten:

- Handreichungen und/oder Veranstaltungen zu guten Praxisbeispielen, wie Fahrgemeinschaften o.ä.,
- Förderung des Erwerbs der Fahrerlaubnis,
- Flächendeckende oder mobile Angebote und Fördermaßnahmen.

Förderung für junge Geflüchtete, welche die „Ausbildungsreife“ noch nicht erreicht haben und nicht mehr schulpflichtig sind:

Es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren ein Teil der jungen Geflüchteten die Schulen und Berufsschulen ohne „Ausbildungsreife“ verlassen wird, da zum Beispiel aufgrund der geringen Sprachkenntnisse kein Schulabschluss erzielt werden kann. Dies trifft insbesondere auf die Gruppe der jugendlichen Geflüchteten zu, welche die BVJ-S/ BVJ nach ein bis zwei Jahren verlassen.

Von den Teilnehmenden benannte Weiterentwicklungsmöglichkeiten:

- Prüfung der bestehenden Fördermöglichkeiten auf Praktikabilität und Anwendbarkeit auf diese Zielgruppen,
- Finden von praktikablen Zwischenlösungen, um die Ausbildungsreife oder „Employability“ zu erreichen,
- Prüfung der bestehenden Fördermöglichkeiten für junge Geflüchtete, für die eine Ausbildungsreife erst perspektivisch realistisch erscheint.

Maßnahmen und Förderungen für Geduldete:

Die Lebensbedingungen Asylsuchender und Geduldeter seien maßgeblich durch aufenthalts- und ausländerrechtliche Aspekte bestimmt. Folgen seien eine geringe Planbarkeit der Zukunft, Motivationsschwierigkeiten bzw. Resignation und Rückzug und eine hemmende Wirkung auf die Bereitschaft von Unternehmen Geflüchtete einzustellen. Insgesamt seien die Zugänge zu den Leistungen und Angeboten für Geduldete problematisch, da sie abhängig von Bleiberechten sind.

Von den Teilnehmenden erarbeitete Weiterentwicklungsmöglichkeiten:

- Angebote für Geduldete in Form von Projekten,
- Sozialpädagogische und psychologische Begleitung Asylsuchender und Geduldeter vor und während des Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisses,
- Entwurf BAMF-Erstorientierungskurse in Sachsen-Anhalt.

Heranführung an und Sensibilisierung für die duale Ausbildung:

In der Berufsorientierung ist die Vermittlung der Vorteile des dualen Ausbildungssystems in Deutschland aufgrund der Unbekanntheit in den Herkunftsländern der Zielgruppe häufig schwierig.

Von den Teilnehmenden benannte Weiterentwicklungsmöglichkeiten:

- Nutzung medialer Hilfsmittel (z.B. Berufe-TV),
- Maßnahmen welche das familiäre Umfeld der jungen Geflüchteten einbeziehen.

Herausforderungen und Handlungsbedarfe im Überblick

1. Ansprache und Orientierung

- Orientierungsangebote müssen wiederkehrend neu gedacht und individuell ausgestaltet werden, ausgerichtet an Vorerfahrungen und Bildungsstand der Zielgruppe.

2. Eingliederung ins Schulsystem

- Unklare Bleibeperspektive hemmt Bildungsplanung
- Schulabschluss und Ausbildungsfähigkeit wird nicht immer erreicht
- Zuständigkeits- und Rechtskreiswechsel beim Erreichen der Volljährigkeit von UMAs

3. Berufliche Orientierung/ Kompetenzermittlung

- Fehlende Schul- und Arbeitszeugnisse
- Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse unzureichend
- Feststellungsverfahren informell erworbener Kompetenzen ausbaufähig
- Fehlende fach- und berufsbezogene Sprachkenntnisse
- Genderspezifische Maßnahmen
- Einbindung der Eltern
- Unklare Bleibeperspektive hemmt Berufsplanung

4. Einführung ins Ausbildungssystem (Berufswahl)

- Fehlende fach- und berufsbezogene Sprachkenntnisse
- Geringer Bekanntheitsgrad des dualen Ausbildungssystems; kaum Wissen über die Vorteile einer Berufsausbildung

5. Vermittlung ins Ausbildungsverhältnis

- Fehlende berufsbezogene Sprachkenntnisse
- Mobilität (im ländlichen Raum)

6. Begleitung im Ausbildungsverhältnis

- Gegenseitige Erwartungshaltungen und Vorstellungen gehen zum Teil auseinander
- Unklare Bleibeperspektive
- Mobilität (im ländlichen Raum)

7. Begleitung am Übergang in Beschäftigung

- Mobilität (im ländlichen Raum)
- Unklare Bleibeperspektive

Querschnittsthemen:

- Vernetzung und Transparenz der Akteure und Angebote
- Arbeit an den Schnittstellen des Integrationsprozesses
- Aufenthaltsrechtliche Fragen / Bleibeperspektive
 - Sprachkenntnisse
 - Mobilität

Landesnetzwerkstelle RÜMSA

Im Land Sachsen-Anhalt engagieren sich eine Vielzahl erfahrener Akteure, Vertreter/innen der Kommunen, Institutionen, Unternehmer/innen, Verbände, Vereine, Ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Vereinigungen in der Arbeitsmarktintegration junger Geflüchteter.

Seit März 2016 engagiert sich die Landesnetzwerkstelle RÜMSA im Themenfeld „Übergangsmanagement von jungen Geflüchteten in die berufliche Bildung“. Auch in diesem Bereich möchte RÜMSA dazu beitragen, die Angebote zur Arbeitsmarktintegration junger Geflüchteter landesweit koordiniert und für alle Beteiligten transparent zu gestalten.

Zusammenarbeiten fördern – Doppelstrukturen vermeiden

Die Landesnetzwerkstelle bietet den regionalen RÜMSA Arbeitsbündnissen auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städten bedarfsorientierte Beratung und Unterstützung bei der Gestaltung rechtskreisübergreifender Zusammenarbeit, auch im Kontext „junge Geflüchtete“ an. Schwerpunkte sind hierbei die Förderung der strukturellen Vernetzung, Transparenz und Übersicht der Akteure und Förderinstrumente als auch Informationsangebote. Hierzu werden u.a. Arbeitshilfen, aktuelle statistische Daten sowie Weiterbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten angeboten. Ziel ist die effiziente Nutzung vorhandener Förderstrukturen und die frühzeitige Ermittlung von Bedarfen insbesondere an den Übergängen und Schnittstellen des Integrationsprozesses in den Arbeitsmarkt.

Weitere Informationen finden Sie auf der RÜMSA Webseite – Themenfeld Junge Geflüchtete:

[\[Link: RÜMSA: Junge Geflüchtete am Übergang Schule – Beruf\]](#)

„Durch das Kooperationsbündnis zwischen den KAUSA-Servicestellen Sachsen-Anhalts (Nord und Süd), MiiDU (Migrant*innen in duale Ausbildung) und der Landesnetzwerkstelle RÜMSA werden Doppelstrukturen vermieden und ein systematischer Austausch hergestellt.“

Aufgabenstellung der Landesnetzwerkstelle:

- **Transparenz und Übersicht im Themenfeld**
- **Förderung der Vernetzung**
- **Beratung der kommunalen RÜMSA Arbeitsbündnisse**

Impressum

Das Landesprogramm RÜMSA wird gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt.

Diese Dokumentation wurde durch die Landesnetzwerkstelle RÜMSA erstellt.

Die Landesnetzwerkstelle RÜMSA wird gemeinsam von den Partnern f-bb gGmbH und isw gGmbH im Verbund umgesetzt.

Herausgeber:

Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) gemeinnützige GmbH

Stresemannstr. 121, 10963 Berlin

info@f-bb.de

www.f-bb.de

im Verbund mit

Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung (isw) gemeinnützige GmbH

Seebener Straße 22, 06114 Halle (Saale)

info@isw-institut.de

www.isw-institut.de

Ansprechpersonen der Landesnetzwerkstelle RÜMSA:

Michael Steinbach

Tel.: 0163/5905403

michael.steinbach@f-bb.de

Sylvia Lietz

Tel.: 0391/5314307

lietz@isw-institut.de

Internetadresse:

www.ruemsa.sachsen-anhalt.de

**HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES.**

www.europa.sachsen-anhalt.de

Kurzdarstellung zum Landesprogramm RÜMSA

Mit dem aus dem Europäischen Sozialfonds unterstützten Landesprogramm RÜMSA werden Arbeitsbündnisse auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte dabei unterstützt, zuständigkeits- und rechtskreisübergreifende Kooperations- und Unterstützungsstrukturen für Jugendliche am Übergang Schule-Beruf aufzubauen und zu verstetigen. Ziel ist, die Übergänge von der Schule über die Ausbildung in den Beruf dauerhaft so zu gestalten, dass junge Menschen nach der Schule möglichst ohne Umwege und Brüche eine berufliche Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen.

Weitere Informationen

www.ruemsa.sachsen-anhalt.de



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

ESF

Europäischer
Sozialfonds